



## Niederschrift

56. Plenarsitzung des Gemeinderates  
24. Oktober 2023, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

27.

**Punkt 25 der Tagesordnung: Einrichtung einer Anlauf- und Beratungsstelle für Bürger mit Covid-Impfnebenwirkungen und Impffolgeschäden**

**Antrag: AfD**

**Vorlage: 2023/0458**

## **Beschluss:**

Kenntnisnahme

## **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitliche Ablehnung (3 Ja-Stimmen, 36 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 25 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit am 27. September 2023.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AFD):** Wir haben das Ganze ja schon im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit diskutiert. Wir haben ein Riesenproblem damit, dass wir als Begründung hier wissenschaftliche Untersuchungen angeführt haben, und die Verwaltung antwortet uns dann, dass es ja Leute gibt, die da anderer Meinung sind und dass es ja da noch andere Faktoren gibt. Das heißt, inhaltlich wird gar nicht wirklich auf das Problem eingegangen, und es wird uns auch nicht gesagt, wo die Leute, die tatsächlich Beratung brauchen, weil sie glauben, dass sie Impfnebenwirkungen oder Impffolgeschäden haben, wo die hingehen können. Das hatte ich im Ausschuss auch thematisiert.

Die Frage ist halt, wie viel Prozent sind es wirklich. Wenn man nur 0,03 Prozent sagt, dann wären es halt natürlich nur etwa 100 Leute, nur bezogen auf die Stadt, wobei natürlich dann aus dem Umland die Leute ja noch dazukämen. Wenn man aber die anderen Zahlen nimmt, dann sind wir schon im Bereich von 1.000. Also wir sind immer noch der Meinung, dass es eine Personengruppe ist, die nicht zu vernachlässigen ist. Wir hätten gerne gehabt als Antwort, wenn man schon sagt, wir brauchen keine Beratungsstelle, dass man dann wenigstens sagt, wohin sich diese Leute wenden können. Deswegen haben wir den Antrag auch aufrechterhalten, weil wir der Meinung sind, dass hier Bedarf besteht.

**Stadtrat Wenzel (FWJFÜR):** Ich hatte in meiner Haushaltsrede vor einem Jahr das Thema mal aufgegriffen. Erst mal gar nicht zu diesem Antrag, sondern nichts hat die Gesellschaft mehr gespalten als der Umstand rings um Corona. Ich will jetzt da auch gar nicht ins Detail, weil, man kann sich da nur den Mund verbrennen, aber es ist tatsächlich so, in meinem Umfeld und im Umfeld unserer Firma hat mich das schon gewundert. Wir haben ein bisschen Statistik geführt und mich hat dann gewundert, dass dieses Ergebnis 0,3/0,1 kam, denn es gab in meinem Umfeld tatsächlich Fälle, und diese Leute haben Angst gehabt, sich tatsächlich öffentlich zu bekennen und Ärzte aufzusuchen. In meiner Familie hatten wir auch einen Fall, Krankenhaus nach der Impfung und so weiter und so fort. Es wurde alles abgetan, und ich weiß, und da möchte ich jetzt auf den Punkt kommen, für viele ist es sehr schwierig, sich zu äußern, weil sie sofort in eine gewisse Ecke gestempelt werden. Ich weiß auch nicht, wie man helfen kann, aber ich habe mir tatsächlich gewünscht, dass es irgendwie tatsächlich so eine Art Beratungsstelle gibt, denn auch viele Ärzte sagen, es ist nicht mein Thema. Es ist wirklich sehr, sehr schwierig, und letztendlich müssten wir doch auch auf die zugehen, die glauben, ich sage jetzt glauben, weil wir wissen es ja nicht wissenschaftlich, wie es ist, was man mit den Leuten machen kann, wo sie sich hinwenden können.

Ich akzeptiere diese Verwaltung, wollte aber meine Stellung dazu nehmen, weil ich in meiner Wahrnehmung, das ist ja subjektiv, was anderes wahrgenommen habe, aber ich musste das jetzt einfach hier mal zu dem Thema loswerden.

**Der Vorsitzende:** Ja, vielen Dank. Ich denke, wir stimmen ab, Herr Stadtrat Dr. Schmidt, oder wie war das zu verstehen? Das Gesundheitsamt ist zuständig und sagt, man braucht keine eigene Stelle. Damit ist eigentlich alles geklärt, und Sie können sagen, ob Sie die Antwort akzeptieren oder nicht.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Nein, wir akzeptieren sie nicht, dann bitte abstimmen.

**Der Vorsitzende:** Okay, dann stelle ich jetzt den Antrag zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –  
13. November 2023